



25.03.2014

Grünland „Pflugverbot ist keine Lösung“

Landwirte aus Region gegen EU-Pläne – Minimale Änderung sinnvoll

Die EU steckt zum 1. Januar 2015 neue Förderrichtlinien ab. Das könnte erhebliche Auswirkungen haben.

[Hans-Carl Bokelmann](#)



Astrid Grotelüschen und Gitta Connemann (vorne, von links) trafen sich mit Landwirten aus der Region in Ovelgönne zu einem Informationsaustausch zum diskutierten Pflugverbot.

Bild: Hans-Carl Bokelmann

Ovelgönne/Jade/Berlin „Der Grünlandzustand in der Wesermarsch, in Friesland und Ostfriesland ist optimal. Und deshalb wünschen wir uns möglichst minimale Veränderungen.“ [Gitta Connemann](http://www.nwzonline.de/person/connemann.gitta) [\(<http://www.nwzonline.de/person/connemann.gitta> \(CDU <http://www.nwzonline.de/organisation/CDU>\)](http://www.nwzonline.de/person/connemann.gitta), Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Ernährung und Landwirtschaft, sitzt im Landvolkhaus in Ovelgönne mit Landwirten aus der Region zusammen und nimmt zum geplanten Pflugverbot in Natura-2000-Gebieten Stellung.

Zu den Fakten: Die [EU <http://www.nwzonline.de/organisation/EU>](http://www.nwzonline.de/organisation/EU) steckt zum 1. Januar 2015 neue Förderrichtlinien ab und will dabei umweltsensibles Grünland besonders schützen. Diskutiert wird dabei ein generelles Pflugverbot, das in der Wesermarsch und Friesland 14 000 Hektar und in Ostfriesland 38 000 Hektar Dauergrünland betreffen würde. In Niedersachsen wären es 100 000 Hektar, in der gesamten Bundesrepublik gar 1,1 Millionen Hektar.

„Ein generelles Pflugverbot würde uns wirtschaftlich abhängen. Wir benötigen produktives Grünland und wissen, dass ein generelles Pflugverbot auch ökologisch keinen Sinn macht“, sagt [Manfred Ostendorf](http://www.nwzonline.de/person/ostendorf.manfred) [\(<http://www.nwzonline.de/person/ostendorf.manfred>](http://www.nwzonline.de/person/ostendorf.manfred), Geschäftsführer der Kreislandvolkverbände Wesermarsch und Friesland.

Die CDU-Bundestagsabgeordnete [Astrid Grotelüschen](http://www.nwzonline.de/person/grotelueschen.astrid) [\(<http://www.nwzonline.de/person/grotelueschen.astrid>](http://www.nwzonline.de/person/grotelueschen.astrid) teilt diesen Standpunkt und setzt wie Ostendorf auf eine intelligente und kreative nationale Lösung, in der die ökologischen und ökonomischen Interessen unter einen Hut gebracht werden. „Das Thema ist akut, da müssen wir ran. Das Gesetzgebungsverfahren läuft und wir müssen im Gesetzestext entsprechende Veränderungen herbeiführen“, betont Grotelüschen.

„Wir müssen unbedingt verhindern, dass die EU-Pläne in Niedersachsen zu Betriebsstilllegungen führen. Und deshalb benötigen wir eine praktikable Lösung“, sagt Connemann und berichtet, dass eine erste Anhörung in dieser Angelegenheit bereits zum 7. April geplant ist.

Leserkommentare (1)

Emil424 26.03.2014, 13:01:17

Das sind Enteignungen auf stillem Wege!

Was sich der Umweltschutz alles einfallen läßt, ist haarig, betrachtet man die Notwendigkeit zum Erhalt von Grünland überhaupt!

Die Almwiesen versteppen, weil es keine Almbauern mehr gibt!

Die 60.000 ha zusammenhängende Grünlandfläche in der Wesermarsch und Butjadingen, sowie die großen Gebiete im nördlichen Friesland, sind bodenbedingt nicht anders zu bewirtschaften. Aber Steppen helfen auch dem Umweltschutz nicht wirklich! Da kommen Leute und setzen mal schnell ein 28a-Biotop fest, nun kommt die flächige Enteignung! Von Leuten bestimmt, die über die Vorgaben in der EU, dort still und leise eingebracht so festlegen, daß die nationalen Regierungen gezwungen werden, das gesetzlich nachzuvollziehen. - Unter Strafandrohung in erheblichem Maß - Ich glaube, unsere Regionalpolitiker haben die Vorgaben in Brüssel nicht genügend im Blick, sonst würden diese

Entscheidungen nicht erst dann vorgetragen, wenn sie schon Fakt sind!

Von 40.000 Beamten in Brüssel 10.000 abspecken und den für uns anfallenden Anteil für die Beobachtung der Untaten einsetzen, das wäre sinnvoll!

Die Notwendigkeit des Flachumbruches kann kein Städter, in der Regel kein Lehrer, Rechtsanwalt, Steuerberater, einschätzen. Aber die regieren uns!

© NWZonline [2014]

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der Nordwest-Zeitung Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG